

Die Speerspitze der Tradition

Balsthal Bürgergemeinden loteten an einer Landsgemeinde ihren Platz in der Moderne aus

VON CHRISTIAN VON ARX

Wie passt es in unser demokratisches Staatswesen, dass eine durch Abstammung definierte Minderheit über die Anerkennung von Zuzüglern als gleichberechtigten Staatsbürgern entscheidet? Und wie kommt es, dass «unser Wald» der gleichen Minderheit alteingesessener Mitglieder von Bürgergemeinden gehört? – Die Antwort heisst letztlich: Das ist Tradition.

Die Erteilung des Gemeindebürgerrechts wird wohl tatsächlich als Privileg, die Bewirtschaftung des Waldes hingegen eher als Pflicht empfunden. Beide Kompetenzen der Bürgergemeinden stützen sich auf die Solothurner Kantonsverfassung, sind also bis heute von einer Mehrheit demokratisch gewollt. Doch wird das in der Zukunft so bleiben und wie lange?

Was sagt der «Rössli»-Geist dazu?

Diese Unsicherheit über seine Existenzgrundlage war es wohl, die den Bürgergemeinden- und Waldeigentümer-Verband Kanton Solothurn (BWSO) veranlasste, seine Mitglieder zu einer «Landsgemeinde» unter dem Motto «Tradition und Moderne» einzuladen. Tagungsstätte war das Balsthaler «Rössli», wo sich 1830 Volkssouveränität, Rechtsgleichheit und Kampf gegen Vorrechte (damals der Hauptstadt) im Kanton Solothurn Bahn gebrochen hatten – also ein durchaus spannungsvoller Ort, um die Vorrechte der Bürgergemeinden zu verteidigen.

Zwar waren längst nicht alle der derzeit 101 Bürgergemeinden und 22 Einheitsgemeinden an der Landsgemeinde präsent; Präsident Konrad Imbach (Biberist) vermutete, es könnten vor allem jene fehlen, denen es fi-



Teilnehmer der Landsgemeinde der Solothurner Bürgergemeinden.

BRUNO KISSLING

nanzial nicht so gut gehe. Andere waren dafür gleich zwei-, vier- oder sechsfach vertreten. Unter dem Strich waren es etwa 65 Personen, die meisten als Mitglieder von Milizbehörden, die einen ganzen Samstag einsetzten, um sich anhand von Referaten und in Workshops mit der Zukunft von Bürgerrechtswesen und Waldbewirtschaftung, finanziellem Engagement von Bürgergemeinden, Gemeindefusionen, forstlichen Betriebsstrukturen und der Rolle der Verbände zu befassen.

«Trägts – oder trägtts nicht mehr?»

Den Boden legte der Publizist und Philosoph Ludwig Hasler (Zollikon), der sich als «Bürger von Beromünster, aber nicht der Korporation» auswies.

Im Blick auf jahrhundertalte Debatten stellte er Tradition und Freiheit gegenüber: Tradition bedeutet, Vorgeben anderer für sich zu akzeptieren; das steht einem «selbstbestimmten Leben» entgegen und war deshalb lange verpönt. Doch alles selbst bestimmen zu wollen, ist auch ermüdend. «Wir sind vermutlich am Ende einer Phase, in der wir glaubten, alles selbst bestimmen zu können», meinte Hasler, «denn wir merken, dass wir dadurch eher verarmt sind.»

«Tradition ist etwas, was grösser ist als ich», sagte Hasler – und ihn interessiere heute eigentlich nur noch das.

«Der Charme der Tradition wäre, dass wir selbst in einer drin wären.»

Ludwig Hasler, Publizist und Philosoph

Dabei warnte er davor, Tradition zu glorifizieren – «es war nicht alles so menschenfreundlich» –, und erwähnte

auch die «gigantische Manie, Traditionelles zu verkitschen». Der Charme der Tradition wäre, nach Hasler, «dass wir selbst in einer Tradition drin wären»: «Trägts – oder trägtts nicht mehr?» ist wohl die Gretchenfrage auch für die Zukunft der Bürgergemeinden.

Im Wald schliesslich – wo er sich in Zollikon täglich eine Stunde aufhalte – sieht Hasler die traditionellste aller Traditionen, etwas Sakrales. Die Idee des Waldkindergartens legte er den

Bürgergemeinden ans Herz: «Ab auf die Bäume – beim Spielen im Wald werden Kinder Menschen.» Wobei man sich als Zuhörer fragte, ob dies nicht eher für eine Baumpatenschaft in Walterswil spräche als für den Kauf von Teakwald in Argentinien, dessen der Philosoph sich rühmte.

Einbürgern heisst Integration prüfen

Auch die andern Referate vermittelten Denkanstösse. Nationalrat Kurt Fluri stellte, weitgehend neutral, die Vorschläge des Bundesrates zur Revision des Bürgerrechtsgesetzes vor, über die das Parlament demnächst beraten wird. Die Fristen rückten in den Hintergrund, Idee der Einbürgerung sei die Integrationsidee: zu beurteilen, ob jemand integriert sei oder nicht. Die Chance der Bürgergemeinden liege darin, dass sie unterscheiden könnten, ob die Integration gelebt werde oder nur deklariert sei.

In erfrischender Weise demontierte FHNW-Professor Jürg Schneider einige Dogmen des «modernen» Verbands- und Gemeinemanagements. Der grassierenden Verdrängung von Miliztätigkeiten («Amateurismus») durch «Profis» hielt Schneider entgegen: «Der Ersatz freiwilligen Engagements durch Profis ist keine Alternative. Er führt zum Verlust des sozialen Kapitals.»

Aus der Podiumsdiskussion nach den Workshops kam heraus, dass die Bürgergemeinden ihre Aufgaben mit Überzeugung weiter wahrnehmen wollen. Dazu sei es nötig, sich besser zu «verkaufen». In seinem Schlusswort ermunterte sie Nationalrat Pirmin Bischof dazu: «Zeigt euer Selbstbewusstsein, auch gegen «oben», meinte er und fügte bei: «Totgesagte leben länger.»